

Marzahn- Hellersdorf **links**

21. Jahrgang / September 2011

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Nadja Hirseland vor, in Marzahn aufgewachsen, Erzieherin, politisch engagiert. Sie steht zur Wahl für die nächste BVV, wird zu den dann Neuen in der Fraktion gehören Seite 2

Zwei Fragen stellten wir der Spitzenkandidatin der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf, Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle. Warum sie gern weitermachen möchte und was LINKS vermocht hat Seite 5

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Jugend und Parlament - Junges Gemüse im Bundestag / Neues Mitgliedermagazin des Studierendenverbandes der Partei, DIE LINKE. SDS, das Mitmacher sucht Seite 7

Berlin wählt richtig. Rot!

„Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ein zentrales Thema für lokale Politik, eine den Bürgerinnen und Bürgern nahe Verwaltung und die aktive Beteiligung der



Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen, ist mein erklärtes politisches Ziel.“ Diese Zeilen standen in meiner Bewerbungssprache als Bezirksbürgermeisterin vor fast fünf Jahren. Heute gehören regelmäßige Einwohnerversammlungen in allen Stadtteilen, Bürgersprechstunden an unterschiedlichen Orten und ein Bürgerhaushaltsverfahren, dass Jung und Alt die Möglichkeit der Beteiligung an der Haushaltsplanaufstellung, -durchführung und -kontrolle gibt, zum Alltag kommunalpolitischen Handelns unter meiner Verantwortung als Bezirksbürgermeisterin. Trotz Haushaltssanierung ist es gelungen, eine Infrastruktur zu gestalten, die sowohl jungen Familien als auch Älteren gute Wohn- und Lebensbedingungen, eine vielfältige Bildungs- und kommunale Kulturlandschaft und

viel gestaltetes Grün bietet. Daran haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung aktiv mitgearbeitet und die Interessen der Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt.

Aktive Arbeit gegen Kinderarmut, für Generationengerechtigkeit und eine solidarische Kommune sind Markenzeichen linker Kommunalpolitik, der sich die LINKE Marzahn-Hellersdorfs auch in Zukunft verpflichtet fühlt. Ich bitte Sie um Ihre Stimmen für DIE LINKE und eine linke Bezirksbürgermeisterin!
Dagmar Pohle

Warum DIE LINKE wählen?

W Weil sie mit aller Kraft danach strebt, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, sozialen Verhältnisse oder sexuellen Orientierung nachhaltig zu verwirklichen. Und mir persönlich ist politisches Engagement sehr wichtig und DIE LINKE gibt mir die Chance, dieses umzusetzen und hat mich vorbehaltlos trotz meines jungen Alters in ihren Kreis aufgenommen.



Janine Behrens

Ruhe behalten. Vernünftig bleiben.

Links hat in Marzahn und Hellersdorf über zwei Jahrzehnte ehrlich, gut und erfolgreich gearbeitet und wird das auch weiterhin



tun. Ich möchte mit meinen 86 Jahren wieder in der Fraktion mitarbeiten. Meine Lebens- und 65 Jahre Parteierfahrung können in der alltäglichen Kommunalpolitik schon noch nützlich sein: Ich bremsen, wenn nötig,

wenn im Wünschen und Wollen zu schnell galoppiert wird, und ich werde weiter drängeln, wenn's die Sache im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erfordert.

Horst Schubert

Fotos: DIE LINKE. Berlin / M. Volkert

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Nadja Hirseland
- Petra Pau: S-Bahn auf den Punkt gebracht

Seite 3:

- Infosplitter
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

Seite 4:

- Streik bei Alpenland
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Zwei Fragen an Dagmar Pohle
- Wer kandidiert für die BVV?

Seite 6:

- Schönagelstraße - Kanalbau stoppen!
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

DIE LINKE.

Zur Person: Nadja Hirseland

Wo ich lebe, engagiere ich mich

Überraschend lebendig und mitreißend hatte sich die Nadja Hirseland in der Nominierungsveranstaltung für die BVV-Kandidaten vorgestellt. Und stellte gleich klar, sie ist keine Kopie von Irina, ihrer Mutter, sondern Nadja, auch ein Original. Und daran lässt sie im Gespräch keinen Zweifel aufkommen.

Sie sei ein typischer Löwe, sagt sie. Dessen Element ist bekanntlich das Feuer, und Funken der Begeisterung für die LINKE waren es, die da sprühten.

In die Politik ist sie hineingewachsen, hat als Kind und Jugendliche ihre Familienmitglieder zu Demonstrationen und Veranstaltungen begleitet. Ein Praktikum in einem Heim für Kriegsflüchtlinge hatte die angehende Erzieherin nachhaltig geprägt. In Schöneeweide hat sie sich in der Bürgerinitiative „Schön bunt“ gegen Rechts engagiert. Bei der Arbeit in verschiedenen Jugendklubs ist sie auch mal angeeckt.

Hinter die Kulissen schauen, den Kindern die Welt erklären und sie für Projekte begeistern, ist ihr Markenzeichen. Als Mutter zweier Töchter liegt ihr eine Zukunft in einer bunten, toleranten Gesellschaft frei von Gewalt und jeglicher Diskriminierung am Herzen. Dass sie Seite an Seite mit Jung und Alt etwas bewegen kann, hat Nadja aus persönlichem Erleben gelernt. Die LINKE ist für sie die Partei für Menschen, in der man Freigeist sein kann.

Gegen die geringe Wahlbeteiligung, da macht auch Marzahn-Hellersdorf keine Ausnahme, müsse etwas getan werden. Das Argument der Politikverdrossenheit von jungen Men-



Nadja Hirseland Foto: privat

schen lässt sie nicht gelten. Da hat die junge Frau in vielen Gesprächen andere Eindrücke gewonnen. Wir müssen die Jugend nur abho-

len und interessante Angebote machen. Im Wahlprogramm hat sie die Kapitel gefunden, deren Inhalte auf ihrer Tätigkeitsliste ganz oben stehen. Behindertenpolitik, Jugendhilfe, Bildung, Integration und Migration sind die bevorzugten Bereiche der jungen Mutter. Als solche erlebt sie, wie wichtig Barrierefreiheit ist und dass sie längst noch nicht überall erreicht worden ist. Sie ist die Sprecherin der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik. Ihre Arbeit als Erzieherin hat schon oft gezeigt, wie wichtig es ist, sich um die Verbesserung der Lebensumstände und bessere Bildung von Kindern und Jugendlichen zu kümmern.

Im Marienfelde hat sie an einer Grundschule gearbeitet, in welcher viele Kinder aus unterschiedlichen Nationen gemeinsam lernen. Hier hat sie ein Projekt gegründet namens „Ich + Du = Wir“, im Rahmen des Projektes konnte sie ihre Klientel dazu gewinnen, beim Kinderhilfswerk Unicef als Juniorbotschafterinnen mitzuwirken.

Sie kandidiert für die BVV, weil sie sich bewusst dort, wo sie wohnt, engagieren will, für einen lebens- und liebenswerten, bunten Bezirk!

Ihre jüngere Tochter ist schon des Öfteren in BVV-Sitzungen anwesend und stiehlt gelegentlich den NPD-Verordneten mit ihrem Geschrei die Show.

Außer ihren Töchtern und der Politik hat Nadja noch andere Hobbys, sie liest gern und führt Gespräche, oft bis in die Nacht. Damit ist sie bestens gerüstet für das Mandat!

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB)

Die S-Bahn auf den Punkt gebracht

„Wir bringen es auf den Punkt – DIE LINKE“. So steht es auf Tausenden Plakaten. Es ist ein Versprechen. Es will eingelöst werden, verständlich und pointiert, im Wahlkampf.

Ein Beispiel: Die S-Bahn-Krise, ach was, das Nahverkehrsdesaster, ist allen Berlinerinnen und Berlinern noch gut in Erinnerung. Es ist ja nicht mal ausgestanden. Viele Parteien haben sie als Wahlkampfthema entdeckt, bürgernah und plakativ. Doch was wollen sie und was unterscheidet sie. Das verrät kein Plakat, kann es auch kaum. Also bringe ich es mal auf den Punkt.

Die FDP will den Nahverkehr privatisieren, denn der Markt wird's schon richten. Die Grünen wollen ihn EU-weit ausschreiben, also ebenfalls „abgeben“. Die Berliner CDU setzt auf die Deutsche Bahn AG. Deren Gang an die Börse als Aktiengesellschaft wurde von der Bundes-CDU allerdings nur ausgesetzt, nicht abgeblasen. Die SPD tut, was sie kann, sie schwankt zwischen Hü und Hott. Einzig DIE

LINKE sagt: Die S-Bahn muss ein kommunaler Berliner Betrieb werden, damit Verlässlichkeit und Sicherheit endlich wieder mehr



zählen, als Profite und Rendite. Punktum. „Rekommunalisierung“ ist ein Schlüssel-

wort im Wahlprogramm der LINKEN. Ja, ein trockener Begriff mitten im Alltags-Erleben. Aber: CDU und SPD hatten dereinst die kommunalen Berliner Wasserbetriebe verhöckert. Wir wollen sie zurückhaben. Die Energie-Versorgung wird bundesweit von vier internationalen Konzernen beherrscht. Wir wollen ihre Monopolstellung knacken. Ob Verkehr, Wasser, Energie oder Gesundheit – privat hat sich in zentralen sozialen Fragen noch immer als Katastrophe erwiesen, allemal für jene, die finanziell klamm sind.

2006 war DIE LINKE mit drei zentralen Vorhaben angetreten: keine weiteren Privatisierungen kommunalen Eigentums, Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors alternativ zu „Hartz IV“ und Gemeinschaftsschulen statt Auslese. Alle drei Versprechen wurden eingelöst, trotz zahlreicher Widerstände. Auf den Punkt gebracht heißt das für die Wahl am 18. September: Weiter nach vorn oder böse zurück?

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

Infosplitter

Busbahnhof – neu

Am 15. August 2011 wurde am eastgate der 1. Spatenstich, u.a. von Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, für den Umbau des Busbahnhofs vollzogen. Bis Dezember 2011 wird eine neue zentrale Ausstiegshaltestelle für alle verkehrenden Buslinien gebaut und drei Einstiegshaltestellen für die Linien 191, 192, 195 und 154. Zu den Haltestellen werden die Bordsteine abgesenkt. Die BVG wird ein Kundenzentrum errichten, neben allen Fahrkarten wird es Ausflugstipps und Souvenirs geben. Die Postsäule wird auf einen neuen Standort versetzt. Das gesamte Areal wird neu mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden, so dass ein neuer Stadtplatz entsteht.

Erweiterung

Friesen-Grundschule

Die Arbeiten für einen notwendigen Erweiterungsbau der Friesen-Grundschule (Marzahn-Mitte) sind soweit gediehen, dass ein Architekturbüro mit den Planungen für den Bau beauftragt wurde. In Ergänzung zum bestehenden Gebäude soll ein Erweiterungsbau

mit 10 Gruppenräumen, einer Mensa und Nebenräumen entstehen. In der Bauphase sollen vier zusätzliche Räume auf dem Gelände der Schule errichtet werden. Mit dem neuen Raumangebot wird nicht nur den wachsenden Schülerzahlen Rechnung getragen, die zusätzlichen Räumlichkeiten sollen auch für die Öffentlichkeit nutzbar sein. Bis 2014 werden für umfangreiche Umbau- und Sanierungsarbeiten 5,5 Mio. Euro aus dem Programm Stadtumbau Ost zur Verfügung stehen.

Straßenbenennungen

Das Bezirksamt hat eine Verfahrensweise zur Benennung und Umbenennung von Straßen beschlossen. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (u.a. keine Doppelbenennungen für Berlin) wird vor allem darauf verwiesen, dass Stellungnahmen der Kommission Gedenkort und des Heimatvereins vor den Entscheidungen vorliegen sollten. Direkt betroffenen Anlieger sollen ebenfalls vorab befragt werden.

Seniorenvertretung wird neu gewählt

In der Zeit vom 7. bis 9. November 2011 wird die Seniorenvertretung im Bezirk neu-

gewählt. Wahlorte sind am 7. November von 13.00 bis 16.00 Uhr Rathaus Marzahn-Hellersdorf, A.-Salomon-Platz, am 8. November von 14.00 bis 18.00 Uhr Freizeitforum Marzahn, Marzanner Promenade, am 9. November von 13.00 bis 16.00 Uhr Bürgeramt Biesdorf-Center, Elsterwerdaer Platz. Wählen können alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 60. Lebensjahr.

Renate Schilling



Dagmar Pohle spricht zu den Gästen beim 1. Spatenstich für den neuen Busbahnhof.

Foto: H. Metwally

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:

Heute: Vom „Glück“ des Konjunktur-Aufschwungs für die Langzeit-Arbeitslosen

Seit etwa einem Jahr jubeln die Wirtschaftsinstitute, der Wirtschaftsminister, Frau von der Leyen und die Medien: Hurra, der Aufschwung ist da! Die Arbeitslosenzahlen sinken unter 3 Millionen, bald haben wir Vollbeschäftigung!

Leider hat dabei niemand erwähnt, wo denn die fast 3 Millionen Arbeitsplätze für die offiziell gemeldeten und die über 1 Million Arbeitsplätze für die in diversen Maßnahmen, in 58-er- und anderen Regelungen versteckten Arbeitslosen herkommen sollen und wo man sich da bewerben kann. Und guckt man sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes genauer an, so sind kaum mehr unbefristete Vollzeit-Arbeitsplätze als vorher gemeldet worden, dafür boomt die Leiharbeit unverdrossen und im Einzelhandel, im Pflegebereich und nicht nur dort werden lieber zwei Teilzeitkräfte als eine Vollzeit-Beschäftigte eingestellt. Die Glücklichen, die einen Weg aus der Arbeitslosigkeit gefunden haben, haben selten auch noch das Glück, aus dem Hartz-IV-Bezug herauszukommen, und wenn doch, können sie sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis gleich auf die nächste Arbeitslosigkeit vorbereiten. Dafür verschärft sich die gesellschaftliche Stimmung gegen die Arbeitslosen, wenn sie jetzt trotz Konjunktur immer noch von Transfer-Leistungen leben. Diese allgemeine Stimmungsmache geht leider auch an man-

chen Mitarbeiter/innen in den Jobcentern nicht spurlos vorbei. Der Umgangston mit den „Kunden“ wird rauer.

Vor zwei Wochen kam eine junge Mutter in die Sprechstunde, die Probleme mit der Leistungsabteilung hatte. Ich nenne sie hier Frau Müller. Sie hatte auf Wunsch des Jobcenters einen Wohngeldantrag gestellt, der wie erwartet abgelehnt worden war. Dennoch verminderte die Leistungsabteilung ihre Bezüge um ein fiktives Wohngeld. Zudem wurde der Bedarf ihres Sohnes auf „Null“ festgelegt. So bekam sie nicht mal das Existenzminimum. Wir hatten ihr bei der Formulierung des Widerspruchs geholfen, doch der blieb monatelang unbeantwortet.

Als wir uns eine Weile unterhalten hatten, erzählte sie von ihrer neuen Fallmanagerin. Diese hatte sie während der Elternzeit zum Jobcenter bestellt, um sie aufzufordern, ihre Elternzeit zu verkürzen. Als Frau Müller nach Ende der Elternzeit nach einer überbetrieblichen Ausbildung fragte, bekam sie zur Antwort, sie hätte sich ja eine suchen können. Sie erhielt eine Eingliederungsvereinbarung mit dem Ziel der Aufnahme einer Ausbildung und der Auflage, mindestens 10 Bewerbungen monatlich um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nachzuweisen. Die Vereinbarung von Ausbildung, geringfügiger

Beschäftigung und Mutterschaft war ihr dabei nicht klar. Ihre Stimme stockt, als sie mir von der „Argumentation“ erzählt, mit der die Fallmanagerin ihre Unterschrift dennoch forderte: „Das ist nicht mein Problem. Sie hätten das Kind ja nicht kriegen müssen!“ – wie – hätte sie abtreiben sollen, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen?!

Jetzt stand eine Operation bevor, die mindestens zwei Wochen Arbeitsunfähigkeit erwarten lässt. Frau Müller ist gewissenhaft und wollte im Vorfeld die Anforderungen der Eingliederungsvereinbarung für diesen Zeitraum reduziert wissen, um Sanktionen zu vermeiden. Aber da hatte sie bei ihrer Fallmanagerin keine Chance: Sie hätte sich ja in der Elternzeit operieren lassen können, dann hätte sie die Probleme jetzt nicht ...

Wir haben wegen der Leistungen einen Eilantrag beim Sozialgericht gestellt und wegen der Fallmanagerin eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim zuständigen Jobcenter formuliert.

Mitte August kam Frau Müller glücklich in die Sprechstunde: Das Jobcenter hatte alle Ansprüche anerkannt und gezahlt. Und zu dieser „Fallmanagerin“ muss sie nie wieder.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

Der Trupp der Aufrechten bei Alpenland

Am 23.8.2011, dem sechsten Tag des unbefristeten Streiks der Beschäftigten des privaten Heimverbundes Alpenland Pflegeheime an den drei Standorten in Marzahn-Hellersdorf, informierte die Streikleitung über den gegenwärtigen Stand und die Hintergründe.

Bei Alpenland Pflegeheime Berlin GmbH&CoKG sind insgesamt ca. 380 Beschäftigte an mehreren Standorten in Berlin tätig. Die Einrichtungen in West-Berlin und auch die Baden-Württemberger Häuser sind tarifgebunden. Den Beschäftigten im Ostteil wird der Anschluss an das Tarifniveau verweigert. Und das mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall, sagt ver.di-Verhandlungsführerin Meike Jäger. Betroffen sind ungefähr 210 Pflegekräfte, sie verdienen z.T. bis zu 300 Euro monatlich weniger als ihre KollegInnen im Westteil der Stadt.

Seit 2005 dauert der Tarifstreit, im vergangenen Jahr gab es einen Warnstreik. Alle bisherigen Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Die Geschäftsführung beruft sich auf die fragliche Refinanzierbarkeit der Forderungen. Die ist laut Senatorin für Integration, Arbeit

und Soziales, Carola Bluhm, jedoch gesichert und in Berlin kein Problem, die Zusage von Finanzsenator Nussbaum legt vor! Der Widerstand ist ungebrochen, obwohl



Dagmar Pohle spricht zu den Streikenden.

Foto: M. Jäger

der Arbeitgeber indirekt Druck auf die Streikenden ausübt.

Das reicht von Versuchen, ihnen ein schlechtes Gewissen wegen der zu versorgenden HeimbewohnerInnen einzureden, bis hin zu dem Angebot, denen, die zum Dienst

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Seit dem 15. August hängen nun auch die Wahlplakate der LINKEN entlang der großen Straßen von Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirksvorstand hatte sich nach mehreren Diskussionen entschlossen, die Plakatierung in unserem Bezirk mit einem kleinen Abstand zu den anderen Parteien zu beginnen. In der Geschäftsstelle waren schon viele Anrufe eingegangen, wo denn die Plakate unserer Partei bleiben. Damit war eigentlich eine der Diskussionen vor jeder Wahl wieder belebt: Soll sich DIE LINKE an der sich jeweils wiederholenden „Materialschlacht“ beteiligen? Ohne Zweifel gäbe es vernünftige Gründe, das nicht zu tun, aber ebenso sicher ist, dass das (wenn auch nur zeitweilige) „Fehlen“ unserer Plakate sofort Reaktionen ausgelöst hat. Und wir haben uns entschlossen, noch ein wenig „zuzulegen“. Ein Kandidat wirbt auf seinem Plakat damit, dass er „Ihr Bezirksbürgermeister für Marzahn-Hellersdorf“ sei. Wir werden auch optisch noch deutlicher machen, dass es in Marzahn-Hellersdorf eine Bezirksbürgermeisterin der LINKEN gibt, die sich auch wieder zur Wahl stellt. Es wird deshalb auch noch zusätzliche Plakate mit dem Bild von Dagmar Pohle geben. „Die Küken werden im Herbst gezählt“, sagt eine Bauernregel, die Wählerstimmen am 18. September abends.

Die „Plattentour“ mit dem Spitzenkandidaten der LINKEN, Harald Wolf, Anfang August war ein Erfolg. Der Bezirksvorstand dankt allen, die dazu beigetragen haben.

Dank gilt auch allen, die bei der Plakatierung – beim „Fädeln“ und beim Hängen – mitgeholfen haben, das ist durchaus anstrengende körperliche Arbeit. Aber die zentrale Plakatierung kann naturgemäß nur die großen Straßenzüge abdecken. Deshalb haben wir für die Wahlkämpfer in den Wahlkreisen und in den Basisorganisationen noch Plakate zur Verfügung, die in den Quartieren und Kiezen aufgehängt werden sollen und von Genossinnen und Genossen sozusagen in „persönliche Pflege“ genommen werden. DIE LINKE soll auch abseits der Magistralen präsent sein. Aber bitte beachten: Spätestens eine Woche nach der Wahl müssen dann diese „persönlichen“ Plakate auch wieder entfernt werden, sonst kostet es Ordnungsgeld – so sind nun mal die Gesetze.

Dass in einem Wahlkampf alle Parteien um Stimmen kämpfen, ist ihr gutes Recht. Dass sie das in Auseinandersetzung mit den konkurrierenden Parteien tun, ebenso. Dabei kann und soll auch mit Schärfe um Argumente gestritten werden, aber es soll keine Diffamierungen, keine persönlichen Angriffe, keine „Schlammgeschlachten“ geben. Das ist gerade auf kommunaler Ebene wichtig, denn da werden nach der Wahl mehrere Parteien gemeinsam im Bezirksamt sitzen. Wir gehen davon aus, dass sich die demokratischen Parteien in unserem Bezirk auch in der Endphase des Wahlkampfes so verhalten.

Bernd Preußer

kommen, eine Belastungszulage zu zahlen. Der blanke Hohn, plötzlich ist Geld da! Diejenigen, die eingestellt werden, um die Lücken zu füllen hingegen, bekommen diese nicht. Bislang ging der Spaltungsversuch nicht auf. Auch BewohnerInnen und die meisten Angehörige unterstützen die Aktion.

Die Versorgung ist trotz des Streiks gesichert. Plötzlich werden die Dienste so besetzt, wie es vorher nicht möglich war. Z.T. stehen jetzt sogar Servicekräfte für die Essensversorgung u.a. zur Verfügung. Vielleicht ist auch das der Grund für das Nachlassen des Medieninteresses? Es ist ja „für alles gesorgt“.

Die Verbitterung ist den VertreterInnen der Streikleitung anzumerken, denn

es geht ihnen nicht nur um das Geld, sondern um die Arbeitsbedingungen und eine Wertschätzung und Aufwertung der Altenpflege. Die Kürzung der Zeitkorridore für die verschiedenen Pflegemaßnahmen seitens des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen lässt gerade das kurz vor dem Strafbarmachen liegende notwendige Minimum an Versorgung zu! Dass Menschen nicht gleich sind in ihren Krankheitsbildern, das Befinden der Pflegebedürftigen nicht jeden Tag gleich ist, wird nicht berücksichtigt. Menschliche Zuwendung? Sie bleibt auf der Strecke. Der Anteil an bürokratischen Tätigkeiten steigt, Medikamentenvorbereitung- und -ausgabe, Pflege, Vorbereitung der Essenausgabe und vieles mehr, nur das Putzen fehlt bislang in der Palette. Angesichts dieser Tatsachen ist es nicht verwunderlich, dass nicht wenige Beschäftigte einen Burn-out erleiden.

Die Altenpflege hat keine Lobby! Das muss sich gründlich ändern. Dieses Thema geht schließlich alle an! Jede Familie kann damit konfrontiert werden. Pflege ist keine Frage des Alters! Die Streikenden wünschen sich mehr öffentliches Interesse, nicht nur einzelne Vertreter aus der Politik sollten vorbeikommen. Auch die Seniorenvereine wären gern gesehen.

Unterstützung gibt es u.a. von Sozialsenatorin Bluhm, Bezirksbürgermeistern Dagmar Pohle (beide DIE LINKE). Der BVV-Ausschuss für Gesundheit, Soziales und SeniorInnen wird den Prozess begleiten. Im zuständigen Ausschuss im Abgeordnetenhaus wird es eine Anhörung geben.

Der Vorsitzende der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf, Klaus-Jürgen Dahler, und der Bezirksvorsitzende der LINKEN, Norbert Seichter, haben sich in einer gemeinsamen Presseerklärung mit den Streikenden solidarisiert und unterstützen nachdrücklich deren Forderungen. In der Bezirksverordnetenversammlung am 25.8.2011 gab es eine persönliche Erklärung von Verordneten der LINKEN.

Sabine Behrens

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

Marzahn-Hellersdorfer LINKE hofft auf gutes Wahlergebnis

Für die BVV kandidieren: Zwei Fragen an DIE LINKE Bezirksbürgermeisterin

1. Dagmar Pohle
2. Petra Wermke
3. Klaus-Jürgen Dahler
4. Manuela Schmidt
5. Regina Kittler
6. Bjoern Tielebein
7. Heinrich Niemann
8. Sarah Fingarow
9. Christian Schwinge
10. Zoe Dahler
11. Norbert Seichter
12. Juliane Witt
13. Eberhard Roloff
14. Renate Schilling
15. Horst Schubert
16. Nadja Hirseland
17. Peter Lemke
18. Marina Richter-Kastschajewa
19. Frank Beiersdorff
20. Svetlana Hayduk
21. Olaf Michael Ostertag
22. Janine Behrens
23. Kristian Ronneburg
24. Sabine Schwarz
25. Hassan Metwally
26. Heide-Lore Wagner
27. Sebastian Kahl
28. Kerstin Trögel
29. Maxim Müller
30. Hilka Ehlert
31. Mike Abramovici
32. Martina Jetschik
33. Sonja Hildebrandt
34. Sabine Behrens
35. Bernd-Rüdiger Lehmann
36. Doreen Kobelt
37. Jörg Heinrich
38. Gerhard Pielmann
39. Marina Tischer
40. Klaudia Bengsch
41. Kerstin Rocktäschel

Harald Wolf:

Für Berlin ist uns wichtig, die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. DIE LINKE hat viel erreicht: 120.000 neue Jobs, Gemeinschaftsschule, Öffentlichen Beschäftigungssektor, Sanierung landeseigener Unternehmen und vieles andere. Und wir wollen noch mehr: Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, brauchen erschwinglichen Wohnraum, gleiche Bildungschancen für ihre Kinder und eine Arbeit, von der Sie leben können. Wasser und Energie müssen bezahlbar sein und gehören in öffentliche Hand. Mit dem Wissen der Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Forschenden und Kreativen werden neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt, z.B. als Antworten auf den Klimawandel. So entsteht neue, gute Arbeit. Ich stehe für eine Stadt ohne Reichen- und Armenviertel: eine Stadt, in die man gerne kommt und in der man gerne lebt.

Seit fünf Jahren sind Sie Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, seit neun Jahren Stadträtin. Was motiviert Sie, erneut als Bürgermeisterin zu kandidieren?

■ Ich bin in Marzahn-Hellersdorf zu Hause! Ich war dabei, als der Ährenkranz an der Allee der Kosmonauten gesetzt, als Schulen und Polikliniken gebaut wurden. Viel ist inzwischen passiert. Neue Siedlungen sind entstanden, Wohnungen wurden modernisiert, Einkaufszentren eröffnet. Aber da sind auch arme Kinder, Hartz-IV-Empfangende, Rentnerinnen und Rentner, die jeden Euro dreimal umdrehen müssen. Und das quält mich sehr.

In den neun Jahren, die ich inzwischen für DIE LINKE im Bezirk Politik mache, konnte ich gemeinsam mit meinen Bezirksamtskolleginnen und -kollegen vieles in Gang setzen. Ich denke an den Bürgerhaushalt, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor oder den Clean Tech Business Park, eines der bedeutendsten industriepolitischen Vorhaben in Berlin. Doch es gibt noch viel zu tun, und deshalb will ich weitermachen. Für Marzahn-Hellersdorf ist



es von Vorteil, dass meine Ideale sich in den Wahlprogrammen der LINKEN wiederfinden und sich meine Partei mit sehr guten Kandidatinnen und Kandidaten, darunter parteilosen, zur Wahl stellt.

Wie können Sie linke Kommunalpolitik machen, da doch die Messen von Merkel, Schäuble und Rösler gelesen werden?

■ Als DIE LINKE wurden wir 2006 hier im Bezirk wieder stärkste politische Kraft. Daraus ergab sich für mich eine Verantwortung, die es mir nicht erlaubt hätte, bei allen Schwierigkeiten auf Frau Merkel zu verweisen. Ich weiß und sage es laut: Hartz IV ist Armut per Gesetz, und auch das Bildungs- und Teilhabepaket kann dies nicht ändern. Dort, wo eine Möglichkeit besteht, Menschen zu helfen, tue ich es, tun wir

es. DIE LINKE versucht, der weiteren sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Auch nach dem Wahltag werden wir so die nächsten fünf Jahre angehen. Wir können das, weil unsere Partei frei von Profitinteressen und an keine Lobby gebunden ist.

Es fragte: Jo Richter / Foto: M. Volkert

Letzte BVV-Sitzung vor der Wahl

Die letzte Sitzung der BVV war nochmals von reichlich Arbeit geprägt. Trotz des bevorstehenden Endes der Wahlperiode brachten alle Parteien eine Vielzahl von Anträgen ins Plenum ein. Ein Großteil wurde in Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Alle Anträge, die in dieser Wahlperiode nicht mehr beschlossen werden, verfallen und müssen ggf. neu gestellt werden.

Unsere sozialpolitische Sprecherin Zoe Dahler fragte unter anderem zum Bildungs- und Teilhabepaket nach. Bildungsstadtrat Komoß (SPD) hatte in der Öffentlichkeit festgestellt, dass die Schulen durch einen zusätzliche Verwaltungsleiter bei der Umsetzung des Paketes unterstützt werden sollten. Richtig, findet DIE LINKE. Leider hatte eben dieser Stadtrat genau diese Stelle an der Rudolf-Virchow-Oberschule gestrichen.

Die Linksfraktion wollte bei den Großen Anfragen wissen, ob Stadtentwicklungssenatorin

Junge-Reyer (SPD) bereits Durchführungsbestimmungen für die geänderte Berliner Bauordnung erlassen habe. Dies ist notwendig, um den Erhalt der „Müllschlucker“ zu sichern. Bürgermeisterin Dagmar Pohle informierte, dass es zunächst Handlungsempfehlungen gäbe, wonach Müllabwurfanlagen nur dann erhalten werden können, wenn es entweder drei unterschiedliche Wertstoffschächte gäbe oder unterschiedliche Wertstofftonnen in den Vorräumen der Müllschlucker-Räume installiert werden würden. Angeblich könne nur so der Mülltrennung Rechnung getragen werden.

DIE LINKE stellte einen Initiativantrag, der die Senatorin auffordert, diese Empfehlungen zurückzunehmen und solche zu erlassen, die einen Weiterbetrieb der Anlagen unkompliziert möglich machen. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Björn Tielebein

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

Erneuerung der Regenwasserkanäle in der Schönagelstraße stoppen!

Im Januar 2010 (!) erreichte das Tiefbauamt von Marzahn-Hellersdorf die Mitteilung der Berliner Wasserbetriebe, dass in der Schönagelstraße die Regenwasserkanäle erneuert werden sollen. Kurz vor dem Sommer 2011 (!) erreichte die davon Betroffenen nun ein Brief mit der Mitteilung des zuständigen Stadtrates Christian Gräff, dass das, was da auf sie zukommt, wahrscheinlich straßenausbaubeitragspflichtig sei. Noch bevor die BVV beraten und handeln konnte, wurde nun der VdGN aktiv und rief mit drohenden Kosten-Szenarien zur Protestkundgebung. Eine zeitliche Nähe zum 18. September lässt sich nicht nur vermuten, denn auf der Bühne standen neben dem VdGN-Präsidenten Ohm zwei Spitzenkandidaten der CDU!

Während die einen die Betroffenen wütend machen und verunsichern, hat die BVV-Fraktion der LINKEN gehandelt!

Der von uns in die BVV eingebrachte Antrag, den Beginn der Bauarbeiten durch die Berliner Wasserbetriebe in der Schönagelstraße

- bis zur endgültigen Klärung der Frage, ob diese Maßnahmen straßenaus-

- baubeitragspflichtig sind,
- bis zur Anhörung der Anwohnerinnen und Anwohner,
- bis zur Vorstellung und abschließenden Beurteilung möglicher Varianten des Bezirksamtes und
- bis zur Beteiligung der BVV und Beschlussfassung durch sie, zu stoppen, wurde in der BVV am 25. August 2011 gegen die Stimmen der SPD beschlossen.

Wir werden auch nach dem 18.9.2011 dagegen stimmen, dass Betroffene zur Kasse gebeten werden, denn mit unseren hohen Wassergebühren zahlen wir auch für Investitionsrücklagen, aus denen solche Maßnahmen bezahlt werden müssten! Solange private Unternehmen wie RWE oder Veolia aber Mit-eigentümer der Wasserbetriebe sind und auf bei der Privatisierung vereinbarten viel zu hohen Gewinnen bestehen, wird das nicht möglich sein! Deshalb setzen wir uns für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe ein!

Die Berliner Wasserbetriebe wurden zur Zeit der Großen Koalition aus SPD und CDU gegen den Widerstand der PDS privatisiert. Dafür,

dass sich RWE und Veolia einkauften, wurde diesen Konzernen eine (u.E. sittenwidrig hohe) Gewinngarantie gegeben. Diese bezahlen wir alle über unsere Wasserrechnungen! Auch darum bezahlen wir immer mehr, obwohl wir immer weniger verbrauchen. DIE LINKE. PDS hat übrigens damals gegen den Verkauf der Wasserbetriebe geklagt.

Auch Straßenentwässerung muss als kommunale Gemeinschaftsaufgabe bewältigt werden.

Hier darf kein Straßenausbaubeitragsgesetz, für dessen Abschaffung wir sind, gelten!

Es gibt nur einen Bezirk in Berlin, in dem es eine so weitreichende (durch DIE LINKE initiierte) Beschlussfassung zur Bürgerbeteiligung durch die BVV gibt, dieser Bezirk ist Marzahn-Hellersdorf. Danach stimmt die BVV in unserem Bezirk nur dann einer Maßnahme zu, wenn auch die Anwohnenden das wollen. Hier wurden Bürgerinnen und Bürger in den letzten fünf Jahren nicht zur Kasse gebeten! Hier gelang es, über Parteiengrenzen hinweg zu handeln. Widerstand war und ist also möglich!

Regina Kittler

Mit allen Stimmen für Dagmar Pohle, Ihre Bezirksbürgermeisterin für Marzahn-Hellersdorf



www.dagmar-pohle.de

Wahltour mit Gregor Gysi
8. September, 16 Uhr,
Helene-Weigel-Platz
 Mit dabei u.a. Harald Wolf, Dagmar Pohle, Petra Pau, Katrin Lompscher, KandidatInnen für das Abgeordnetenhaus und die BVV

DIE LINKE.

Wir stehen für

- soziale Gerechtigkeit
- starke Bürgerdemokratie
- gleiche Rechte für Mann und Frau
- gute Bildung vom Kindergarten an

Mit allen Stimmen für das soziale Berlin: Unsere KandidatInnen fürs Abgeordnetenhaus



Wolfgang Brauer
Wahlkreis 1
www.wolfgangbrauer.de



Dr. Manuela Schmidt
Wahlkreis 2
www.dr-manuelaschmidt.de



Dr. Gabriele Hiller
Wahlkreis 3
www.gabrielehiller.de



Regina Kittler
Wahlkreis 4
www.reginakittler.de



Dr. Heinrich Niemann
Wahlkreis 5
www.heinrichniemann.de



Klaus-Jürgen Dahler
Wahlkreis 6
www.klausjuergendahler.de

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

JuP 2011: Junges Gemüse im Bundestag

Das Planspiel Jugend und Parlament ermöglichte 312 Jugendlichen auch dieses Jahr wieder, vier Tage im Bundestag Politik selbst in die Hand zu nehmen. Das Schlüpfen in die Rolle einer oder eines Abgeordneten und vier Gesetzesvorlagen zu diskutieren und zu verabschieden, darunter z.B. Themen wie Journalistenverfolgung oder Atomausstieg, standen hierbei im Vordergrund.

Auch ich durfte dieses Jahr teilnehmen und bekam die fiktive Rolle einer APD-Abgeordneten zugewiesen. Dies würde der SPD entsprechen, aus Datenschutzgründen dürfen die Originalnamen der Parteien nicht verwenden werden.

Sich in diese Rolle einzufinden, war schwerer als gedacht. Nach kurzer Eingewöhnungszeit konnten sich die meisten jedoch mit ihrer zufällig zugewiesenen Partei arrangieren.

Von Landesgruppen-, Fraktions- und Ausschusssitzungen bis hin zur großen Plenarsitzung konnten wir in die Arbeit von Bundestagsabgeordneten reinschnuppern und mussten feststellen, dass es sich um weit-aus mehr Arbeit handelt, als man manchmal annehmen könnte. Der Tag ist von früh bis abends straff organisiert. Viel Freizeit bleibt da nicht. Bei vielen jungen Mitstreiterinnen und Mitstreitern bekam man den Eindruck,

dass sie sich in ihren Anzügen, Kostümen und bei der heißen Diskussion im Plenum schon wie kleine Bundeskanzler fühlen. Gar kein ganz so abwegiger Gedanke – denn es gibt doch mehr junge Menschen, die sich für Politik engagieren und es einmal nach ganz oben schaffen wollen, als häufig angenommen.

Es wäre schön, wenn es künftig noch mehr solcher Angebote für junge Menschen geben würde, um sie an „echte“ Politik heranzuführen. Alles in allem war mein Ausflug ins Bundestagsgeschehen auf jeden Fall eine Erfahrung wert.

Janine Behrens

Neues Mitgliedermagazin von Die Linke.SDS

Endlich erscheint „Praxis“, das neue Theorie- und Mitgliedermagazin von DIE LINKE.SDS. Mit diesem Magazin möchte der Studierendenverband die Debatten, die im Verband geführt werden, für alle Mitglieder zugänglich machen. Dabei ist „Theorie- und Mitgliedermagazin“ wörtlich zu verstehen: Die Redaktion will sich bemühen, die theoretische Auseinandersetzung im Verband zu vertiefen. Dabei soll das theoretische Erbe der Arbeiterbewegung in jeder Hinsicht bindendes Glied sein. Stichworte wie Marxismus oder Kritische Theorie sollen genauso eine Rolle spielen wie die linken Debatten seit dem Epochenwechsel 1989/90. Zum Selbstverständnis des Magazins gehört der grundsätzliche Bezug zum Sozialismus als Gesellschaftsordnung jenseits des Kapitalismus. Der Titel „Praxis“ soll den Anspruch verdeutlichen, die Welt, in der wir leben, nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu verändern.

Hier sollen wichtige Fragen für den Verband diskutiert werden, wie: Mit welchen Themen beschäftigen sich die Mitglieder? Wie kann eine bundesweite Verbandspraxis aussehen, die zugleich fest an der Basis verankert ist? Wie spricht der Studierendenverband neue Mitglieder an? Wie kann eine Verbandspraxis etabliert werden, die sich am eng geschnürten Zeitkorsett des Bachelor-Master-Systems orientiert?

Die erste Ausgabe beschäftigt sich ausführlich mit dem Titelthema Hochschule im Kapitalismus.

In diesem Analyseteil sind die Mitglieder auch aufgerufen, Diskussionsbeiträge zu schreiben, die an dieser Stelle des Magazins veröffentlicht werden. In einer zweiten Rubrik werden Gruppenberichte erscheinen. In dieser Ausgabe werden die Gruppen aus Marburg und Köln berichten. Des Weiteren gibt es Platz für Rezensionen, diesmal der neuen Bücher von Frigga Haug, Jean Ziegler und Stéphane Hessel sowie des neu auf DVD erschienenen sozialistischen Klassikers „Kuhle Wampe“. In einer vierten Rubrik beschäftigt sich in der ersten Ausgabe die Regensburger Gruppe mit dem Thema Massentierhaltung.

Die Linke.SDS hofft, dass die erste Ausgabe den Mitgliedern gefällt und sie sich ermuntert fühlen, selbst für das Magazin zu schreiben. Die Redaktion wartet auf Leserbriefe, Artikel und Gruppenberichte. Das Magazin lebt von denen, die darin schreiben! Die Arbeit in der Redaktion ist für alle offen und sie freut sich über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Das Mitgliedermagazin des Studierendenverbandes kann auch im Internet unter der Adresse www.linke-sds.org gelesen werden.

Linksjugend Marzahn-Hellersdorf
Die Linke.SDS
Christian Schwinge



praxis.
Das Theoriemagazin von dielinke.sds

Die Linksjugend im Internet: www.linksjugend.org / Kontakt per E-Mail: linksjugend@web.de ➔

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE

Veranstaltungen**Politik und Kommunales**

- » 5.9., 19.30 Uhr, KIZ Marzahn, Murtzener Ring 15, mit Dagmar Pohle und Regina Kittler
- » 7.9., 18 Uhr, Haus Pro-social, Blumberger Damm 12/14, mit Dagmar Pohle und Regina Kittler

Bürgertreff

- » 7.9., 18 Uhr, Gaststätte, Am Niederfeld 21, 12621 Berlin, mit Dr. Heinrich Niemann

Mit Stand dabei:

- » 10. und 11.9., jeweils 10 - 18 Uhr, beim Marzahner Erntefest und Umweltfest in Alt-Marzahn und Umgebung, mit den Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl

Politische Bildung

- » 13.9., 19 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „Die Erinnerung an den Mauerbau vor 50 Jahren – eine medienkritische Nachlese“ - Referent: Prof. Dr. Siegfried Prokop, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

Vorankündigung:

- » 11.10., 19 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „Nach den Wahlen ist vor den Wahlen? Wie weiter mit linker Bildungspolitik?“, Referentin: Dr. Manuela Schmidt, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

Wahl-Party

- » 18.9., ab 17.30, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, gemeinsam auf Wahlergebnisse warten ... und dann schauen wir mal ...

Buchvorstellung und Lesung

- » 28.9., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin/Büroraum, Michael Borchert stellt sein Buch „Die Krebspiouette“, einen gesellschaftskritischen Roman, welcher sich mit dem Leben in den vergangenen 20 Jahren in Europa befasst, vor.

Hinten links**Marktmacht ...**

... von ca. 97 % (Angabe der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC) teilen die drei führenden privaten Ratingagenturen – Moody's, Standard & Poor's (S&P) sowie Fitch – unter sich. Jede beschäftigt ungefähr gut 1.000 Analysten. Daher liegen die Kosten niedrig und die Rendite bei ca. 44 % (Moody's) im ersten Halbjahr 2011.

Die Ratingagenturen handeln mit Meinungen (opinions) und vergeben für die Kreditwürdigkeit ihrer Objekte Noten von Triple-A bis D.

Das tun sie mit oder ohne Auftrag; jede der drei Agenturen fällt ungefähr eine Million Krediturteile pro Jahr!

Ihre Objekte sind Staaten sowie Banken und Unternehmen.

Während die USA, Frankreich, Deutschland und andere Großmächte nichts zahlen, haben z. Bsp. die osteuropäischen Länder für derartige „Dienste“ zu zahlen; Unternehmen sowieso, denn diese beauftragen.

Der Informationsgehalt der Ratings ist nicht unbedingt brauchbar, doch die staatlichen Aufsichtsbehörden verlangen, dass sich Banken (und Anleger) nach genau diesen Ratingnoten zu richten haben.

Frage

Mit welchem Recht und welcher Absicht belässt die US-Regierung den drei privaten Ratingagenturen diese „Lizenz zum Gelddrucken“?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

- » 6.9, 20.9., 4.10. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

- » 5.10., 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin
- » 5.10., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
- » 6.10., 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

Lesen gegen das Vergessen

- » 1.9., 16 Uhr, Helene-Weigel-Platz vorm früheren Marzahner Rathaus, 12681 Berlin, anlässlich des Weltfriedenstages

Schöner leben ohne Nazis

- » 2.9., 15 Uhr, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin, gemeinsame Veranstaltung von mehreren Parteien, Vereinen, freien Trägern

DIE LINKE Wahltour

- » 8.9., 16 Uhr, Helene-Weigel-Platz (Marzahn-Hellersdorf) Gregor Gysi, Harald Wolf, Dagmar Pohle, Katrin Lompscher, Petra Pau sowie den bezirklichen Kandidatinnen und Kandidaten

- » 16.9., 16 Uhr, Schlossplatz (Treptow-Köpenick) mit Gregor Gysi, Harald Wolf, Katrin Lompscher, Carola Bluhm, Udo Wolf, Klaus Lederer u.a.

Weitere Wahlkampftermine sind zu finden unter:

http://www.die-linke-berlin.de/nc/wahlen/berlin_2011/kalender/

Basistreffen

- » 28.9., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Diskussion zum Programmwurf mit Bundesparteitagsdelegierten

Hauptversammlung

- » 15.10., ab 10 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, in Auswertung der Wahlen vom 18.9.2011

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	10 - 17 Uhr
Donnerstag	10 - 18 Uhr
Freitag	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 29.8.2011. Auslieferung ab: 31.8.2011. **Druck:** Eigendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 4.10. und 3.11.2011.

Wählen gehen! Am 18. September: Liste 4 - DIE LINKE